

# ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 12/2013

## Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 02.12.13 im Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

**Dauer der Sitzung:** 09:10 Uhr bis 13:00 Uhr (Teil I)  
13:00 Uhr bis 13:50 Uhr Mittagspause  
13:50 Uhr bis 16:30 Uhr (Teil II)

### Teilnehmende:

Vorsitzender	Oberbürgermeister Dr. Müller	
SPD:	Stadtrat Stadträtin Stadtrat Stadtrat	Dr. Caroli Dreyer Hirsch Kleinschmidt
CDU:	Stadtrat Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Benz Dörfler Rompel Schweickhardt
Freie Wähler:	Stadträtin Stadträtin Stadtrat Stellvertreter Stadtrat	Bothor Deusch Girstl Mauch Roth
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadträtin Stadtrat	Kaiser-Munz Täubert
FDP:	Stadträtin Stadtrat	Kmitta Uffelmann
entschuldigt fehlen:	Stadtrat Stadtrat	Dr. John vertreten durch Dr. Caroli
Protokollführung:	Frau Herr	Buselmeier Dinger
Zuhörende:	7	

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

---

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

---

### I. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. a) Vorberatung des Verwaltungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2014  
b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2014

#### 1. a) Vorberatung des Verwaltungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2014 (Vorberatung)

---

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen Haupt- und Personalausschusssitzung und bedankt sich bei den Fraktionen für die Vorberatungen. Er bittet die Fraktionen um Ihre Stellungnahmen und eröffnet die Aussprache. Er übergibt das Wort an Stadtrat **Kleinschmidt**.

Stadtrat **Kleinschmidt** spricht für die SPD- Fraktion:

Durch die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien die Haushaltsberatungen in diesem Jahr, wie bereits in zurückliegenden Jahren, insbesondere durch die höheren Zuweisungen entspannt gewesen. Stadtrat **Kleinschmidt** verweist auf die Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Lahr in den vergangenen Jahren, die der Oberbürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes aufgezeigt habe und damit auch auf den Hinweis, dass seit 1998 einerseits 150 Millionen Euro in viele Baumaßnahmen, Stadtsanierungen, Kinderbetreuungsangebote etc. investiert worden seien und andererseits Schulden in Höhe von 13,6 Millionen Euro abgebaut werden konnten. Der Beschluss aus dem Jahr 2000, keine Nettoneuverschuldung mehr einzugehen, sei richtig gewesen. Nachhaltige Projekte stünden nun vor allem im Rahmen der Landesgartenschau an. Aus Sicht der SPD-Fraktion könnten diese Projekte nicht ohne Neuverschuldung verwirklicht werden. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass in den kommenden Jahren ähnliche Abschlüsse wie in den vergangenen drei Jahren erreicht werden können. Bei positiven Jahresergebnissen sei es wichtig, entsprechende Mittel der Rücklage zuzuführen, um eine Handlungsfähigkeit für große Vorhaben zu gewährleisten. Positiv bemerkt Stadtrat **Kleinschmidt**, dass neben den Vorhaben für die Landesgartenschau auch viele kleine Projekte umgesetzt werden sollen, um bei der Bevölkerung nicht den Eindruck zu erwecken, dass andere Maßnahmen durch die Landesgartenschau in den Hintergrund gestellt werden.

Viele Augenmerke im Haushalt würden mit den SPD-Zielen übereinstimmen, wie beispielsweise das Klimaschutzkonzept, die Kleinkindbetreuung oder die Sanierung und Modernisierung von Schulen. Das von der Abteilung Gebäudemangement erarbeitete Sanierungsprogramm für die Schulen werde von Seiten der SPD-Fraktion insbesondere bezüglich der Transparenz gelobt. Unterstützung fänden auch der Bau einer Tonofenfabrik, die Vereinsförde-

zung, der Bau eines Parkplatzes an der Stadthalle und die Arbeiten im Friedrich-Maurer-Park.

Aufgrund der vielen Haushaltsreste, die die Verwaltung aus dem Vorjahr noch abarbeiten müsse und der personellen Situation, halte es die SPD-Fraktion für sinnvoll, die Verwaltung nicht mit zusätzlichen Maßnahmen zu belasten.

In Bezug auf die Landesgartenschau wünsche sich die SPD-Fraktion für die Lahrer Bürger, dass die Chance genutzt werde nachhaltige Projekte umzusetzen. Zudem sollten Zuschüsse und Steuervorteile ausgenutzt werden. Unstrittig seien die Parkanlagen mit Spielplätzen, die Brücke, das Seehaus und auch der See solle aus Sicht der SPD angelegt werden. In welcher Größenordnung der See angelegt werden könne, müsse diskutiert werden. Zur Landesgartenschau würden laut Stadtrat **Kleinschmidt** auch die Sporthalle und Sportanlagen, das Römerhaus als Begegnungszentrum, die Kleingartenanlage sowie die Modernisierung des Bahnhofs gehören. Diskussionsbedarf sehe die SPD-Fraktion im Bereich der sozialen Stadt Kanadaring sowie bei der Veränderung des Bahnhofsvorplatzes und der Westanbindung des Bahnhofes. Ein Kindergarten gehöre nach Auffassung der Fraktion nicht in das Finanzierungspaket der Landesgartenschau, sondern sei eine allgemeine Aufgabe der Stadt und müsse im allgemeinen Haushalt dargestellt werden.

Die SPD-Fraktion stellt folgende Anträge:

1. Bereitstellung von Mitteln für die energetische Verbesserung des Eingangselements der Ortsverwaltung Kuhbach (Treppensanierung)
2. Bereitstellung von Mitteln für das Kastrieren und Sterilisieren von streunenden Katzen
3. Anschaffung eines „Bookeye“ für das Stadtarchiv
4. Anschaffung von zwei stationären Geschwindigkeitshinweistafeln für den Ortsteil Sulz

Abschließend bedankt sich Stadtrat **Kleinschmidt** bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung des ausgewogenen Haushaltsentwurfs. Die Stadt Lahr habe geordnete Verhältnisse und sei leistungsfähig, was ihn zuversichtlich stimme.

Für die CDU-Fraktion meldet sich Stadtrat **Dörfler** zu Wort:

Zunächst spricht er ein großes Lob an die Verwaltung aus und schließt sich den letzten Worten von Stadtrat **Kleinschmidt** an. Es gebe wenige Beanstandungen in Bezug auf den Haushaltsplanentwurf, da strittige Fragen im Vorfeld geklärt worden seien. Aus Sicht der CDU-Fraktion seien Änderungen nicht erforderlich, weshalb dem Entwurf grundsätzlich zugestimmt werde. Bedauernswert finde er, dass beim ersten Haushalt, der die Landesgartenschau einschließe, kein Ausgleich erreicht werde.

Positiv bemerkt auch Stadtrat **Dörfler** das Sanierungsprogramm für die Schulen, das die Abteilung Gebäudemanagement erarbeitet habe. Er unterstütze die Ansicht der SPD-Fraktion, dass zunächst die Haushaltsreste aus 2013

abgearbeitet werden müssen und deshalb wenige Möglichkeiten für neue Maßnahmen vorhanden seien. Im sozialen Bereich seien alle Ansätze zwingend erforderlich. Er weist darauf hin, dass die Gymnasien den Ausbau der Sozialarbeit fordern und die Finanzierung hierfür, auch mit dem Land und dem Landkreis, geklärt werden müsse. Die Baumaßnahme Friedrich-Ebert-Platz, die mit 900.000 Euro veranschlagt sei, sei abschließend notwendig und im Hinblick auf die zu erwartenden Zuschüsse wichtig.

Eine Personalkostenreduzierung sei derzeit nicht möglich, wenn nicht weniger Aufgaben erledigt werden sollen. Vorsicht sei geboten bei der Schaffung von neuen Stellen für die Landesgartenschau im Hinblick auf die darauf folgende Weiterbeschäftigung.

In Bezug auf die Landesgartenschau sehe die CDU-Fraktion den See als entscheidendes Thema. Der Haushaltsansatz 2014 für den See in Höhe von zwei Millionen Euro sei zu hoch, ein Ansatz von einer Millionen Euro wäre ausreichend. Die Chance zum Bau eines Kleingartenparks und einer Multifunktionshalle im Rahmen der Landesgartenschau solle genutzt werden.

Stadtrat **Dörfler** kritisiert die fehlende Planungsrate für den Bau eines neuen Kindergartens. Der vorhandene städtische Kindergarten im Kanadaring befände sich in einem schlechten Zustand und der Bedarf für weitere Betreuungseinrichtungen sei zudem ausreichend belegt. Unabhängig von der Landesgartenschau und der Standortfrage müsse hier schnell gehandelt werden, um den Anspruch als kinderfreundliche Stadt gerecht zu werden.

Die CDU-Fraktion sei aufgrund der hohen Investitionssumme gegen den Bau eines Bürgerhauses am Römerhaus. Sie tendiere dazu einen Kindergarten im Bereich des Römerhauses zu errichten und dieses Gebäude teilweise während und nach der Landesgartenschau auch für andere Zwecke zu nutzen.

Stadträtin **Rompel** erscheint zur Sitzung.

Stadtrat **Girstl** spricht für die Fraktion Freie Wähler:

Die gute Konjunkturlage schlage sich auch 2014 positiv auf den städtischen Haushalt nieder. Aufgrund der weiterhin sehr positiven Wirtschaftsentwicklung könnten die Haushaltsberatungen wie in den vergangenen drei Jahren entspannt angegangen werden. Auch für 2014 könne eine Zuführungsrate in Höhe von ca. 8,5 Millionen Euro erreicht werden. Dieses Ergebnis verdanke man den sehr guten Gewerbesteuererinnahmen sowie den Steigerungen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Er weist jedoch darauf hin, dass die genannten Einnahmequellen wenig beeinflusst werden können.

Die Freien Wähler zeigten Verständnis dafür, dass nicht alle Maßnahmen, für die Mittel angemeldet werden, umgesetzt werden können. Die wenigen Streichungen der Verwaltung würden, insbesondere im Hinblick auf die vom Haushaltsjahr 2013 zu übertragenden Haushaltsreste in Höhe von ca. 10 Millionen Euro, akzeptiert. Es müsse künftig überlegt werden, ob der Verwaltung mehr Zeit gegeben werde, um die gewünschten Projekte durchzuführen.

Ein Schritt in die richtige Richtung sehe die Fraktion in dem Schulsanierungsprogramm, das von der Abteilung Gebäudemanagement vorgelegt worden sei. Transparenz und Überschaubarkeit würden dieses auszeichnen.

Bei all den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen solle die Eigenfinanzierungskraft des Haushaltes nicht außer Acht gelassen werden. Die Prognosen der kommenden Jahre bis 2017 würden zeigen, dass mit tendenziell steigenden Steuereinnahmen zu rechnen sei. Damit seien mehr Investitionen möglich, die insbesondere im Zusammenhang mit der Landesgartenschau getätigt werden müssen. Dies habe jedoch auch höhere Personal- und Sachkosten zur Folge. Die geplanten Erhöhungen der Personalausgaben in Höhe von 550.000 Euro seien notwendig.

Wichtig für die Fraktion der Freien Wähler sei, dass auch 2014 keine Nettoneuverschuldung eingegangen werde. In Anbetracht der kommenden Aufgaben sei es wichtig ein gutes Polster zu haben. Durch die guten Abschlüsse der vergangenen Jahre habe sich der Rücklagenbestand auf über 16 Millionen Euro erhöht. Aufgrund der Erkenntnisse der letzten Woche in Bezug auf die Landesgartenschau und den geplanten See sei es notwendig, die Rücklagen zu stärken, um für weitere „böse Überraschungen“ gewappnet zu sein und alle angedachten Maßnahmen umzusetzen.

Einen immer größeren Bereich im Haushalt der Stadt Lahr nehme die Landesgartenschau 2018 ein. Für 2014 seien rund 3 Millionen Euro im Vermögenshaushalt angesetzt. In Anbetracht der neuesten Entwicklungen um den Stegmattensee zweifle die Fraktion die Errichtung eines Kleingartenparks an. Skeptisch stehe sie aufgrund der zu tätigen Investitionen in Höhe von ca. 5 Millionen Euro auch dem Bau des Stegmattensees gegenüber. Die Variante als Badesee solle wegen der unverhältnismäßig hohen Mehrkosten und der möglichen Konkurrenz zum Terrassenbad nicht verfolgt werden. Eine aufwendige Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes werde ebenfalls kritisch angesehen. Die Verkehrsführung funktioniere, weshalb nur geringfügige Änderungen sowie eine Verbesserung der optischen Gestaltung notwendig seien. Bei der Modernisierung des Bahnhofes selbst sei vorrangig die Deutsche Bahn in die Pflicht zu nehmen. Unterstützt würden jedoch das Streifenhaus, das Haus am See, die Brücke, die Sportplätze und –halle sowie der Kletterturm. Nicht überzeugt seien sie derzeit vom Bau eines Mehrgenerationenhauses und eines Kindergartens. Möglicherweise sei hier nur eine Maßnahme erforderlich. Für den Kindergarten müsse abgesehen davon eine schnelle Lösung gefunden werden.

Unabhängig von der Landesgartenschau müsse auch die Realisierung anderer Vorhaben verfolgt werden. Trotz guter finanzieller Vorzeichen solle der bereits eingeschlagene Weg einer soliden Haushaltspolitik eingehalten werden.

Die Landesgartenschau 2018 sei städtebaulich eine große Herausforderung und eine große Chance für Lahr. Wenn dieses große Projekt mit dem nötigen Augenmaß angegangen werde, seien die Freien Wähler davon überzeugt, dass die ganze Stadt nachhaltig davon profitieren werde. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Institutionen sei ein wesentlicher Stützpfeiler in unserer Gesellschaft, was die Fraktion sehr unterstütze.

Stadtrat **Girstl** bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Vorarbeit. Die Kernstadt und die Stadtteile würden in gleichem Maße an der Ausgewogenheit des Haushaltes partizipieren.

Für die Fraktion der Grünen ergreift Stadtrat **Täubert** das Wort:

Die Fraktion zeige sich mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf zufrieden. Die eigenen Schwerpunkte wie beispielsweise das Klimaschutzprogramm, das Stadtmuseum, das Schulsanierungsprogramm sowie das Rad- und Fußwegekonzept seien darin verwirklicht. Positiv bemerkt Stadtrat **Täubert** die Schaffung einer befristeten Stelle eines Verkehrsplaners. Aufgrund der bevorstehenden Landesgartenschau verzichte die Fraktion der Grünen weitgehend auf eigene Anträge.

In Hinblick auf die Landesgartenschau sei für die Grünen der See unverzichtbar. Über die Ausgestaltung des Sees müsse diskutiert werden. Hierfür müssten die noch fehlenden Informationen vorgetragen werden. Unstrittig sei ebenfalls die Notwendigkeit eines weiteren Kindergartens im Westen der Stadt. Diskussionsbedarf gebe es hier nur in Bezug auf die Standortfrage. Die Ausgestaltung des Römerhauses sei ausschlaggebend für weitere Entscheidungen in Bezug auf eine mögliche Begegnungsstätte.

Über die Finanzierung der Landesgartenschau sei grundsätzlich zu diskutieren. Stadtrat **Täubert** weist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss zur Annahme des Zuschlags zur Landesgartenschau aus dem Jahre 2010 hin. Damals sei beschlossen worden, dass es zwingend erforderlich sei, im Weiteren unter weitgehendem Verzicht auf andere Investitionsvorhaben der Finanzierung der Landesgartenschau-Maßnahmen oberste Priorität einzuräumen. Eine wesentliche Neuverschuldung solle im Hinblick auf die finanzwirtschaftliche Leistungskraft des Haushaltes nicht erfolgen. Er betone, dass dies immer noch den Zielen der Fraktion entspreche. Die Entscheidung zur Schuldenbremse betrachte er als einen der wichtigsten Beschlüsse der bisherigen Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Müller. Deswegen solle an dem Beschluss zur Landesgartenschau aus dem Jahre 2010 festgehalten werden. Stadtrat **Täubert** fordert abschließend eine stärkere Fokussierung der künftigen Haushalte auf die Maßnahmen zur Landesgartenschau und ein weitgehender Verzicht auf eine Neuverschuldung.

Stadtrat **Uffermann** spricht für die FDP-Fraktion:

Allein die Kürze der vorhergehenden Beiträge zeige, dass zwar ein Rekordhaushalt mit 117 Millionen Euro vorliege, grundsätzlich aber nicht mehr viel zu bewegen sei.

Beunruhigend sei aus Sicht der FDP-Fraktion die Explosion der Personalkosten. Die Kostensteigerungen gründen einerseits aus den Anpassungen aus dem Tarifvertrag, andererseits aus neu geschaffenen Stellen, die aus Sicht der FDP-Fraktion nicht alle erforderlich wären, wie beispielsweise der Verkehrsplaner.

Auch von Seiten der FDP-Fraktion würden keine größeren Anträge gestellt werden. Einzig die Sauberkeit in der Stadtmitte werde moniert und solle verbessert werden. Ein weiterer Vorschlag sei die Schaffung von neuen Sitzgelegenheiten in der Stadtmitte.

Die FDP-Fraktion sei der Auffassung, dass die Landesgartenschau nicht ohne eine Neuverschuldung bewältigt werden könne, jedoch schließe sie sich grundsätzlich der Meinung der Grünen an, dass weitgehend auf eine Neuverschuldung verzichtet werden solle.

Sie unterstütze den Bau einer Sporthalle und des Römerhauses. Der Bau eines Bürgerhauses sei finanziell nicht möglich. Die Investition in einen neuen Kindergarten müsse getätigt werden. Auch der Bahnhof sei zu modernisieren, um die Besucher der Landesgartenschau entsprechend zu empfangen. Allerdings müsse die Deutsche Bahn hier in die Pflicht genommen werden. Die Optik des Bahnhofsvorplatzes solle durch kleinere Maßnahmen verbessert werden. Eine komplette Umgestaltung komme aus Kostengründen nicht in Frage. In Bezug auf das geplante Stadtmuseum schließe sich die FDP-Fraktion der Mehrheitsentscheidung an, auch wenn aus ihrer Sicht in der momentanen Situation ein Grunderwerb zunächst ausgereicht hätte.

Zusammenfassend stelle die Fülle an Projekten eine große Herausforderung dar, der es sich zu stellen gelte. Die FDP-Fraktion nehme den Vorschlag der Verwaltung weitgehend an.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Beiträge und die generelle Zustimmung zum Haushaltsentwurf. Positiv merkt er an, dass sich in Bezug auf die geplanten Hochbauten für die Landesgartenschau eine große Schnittmenge an Zustimmung abzeichne. Weiterhin begrüße er die Bereitschaft zur Errichtung eines weiteren Kindergartens und betont, dass die Verwaltung offen für Mischformen sei. In Hinblick auf den geplanten See begrüße er die grundsätzliche Befürwortung eines Sees, zeige sich aber auch neuen Ideen gegenüber offen. Er bittet bei der Diskussion und Berichterstattung um eine strikte Trennung der unmittelbaren Kosten für die Landesgartenschau und den Investitionen, die im Rahmen der Landesgartenschau getätigt werden, wie beispielsweise die Tonofenfabrik oder die Sporthalle. Trotz den absehbaren Kostensteigerungen beim See vertrete er die Auffassung, dass der Kernbereich der Landesgartenschau ohne Neuverschuldung möglich sei.

Nach Abschluss der Stellungnahmen der Fraktionen schlägt der **Vorsitzende** vor, den Haushalt „Seite für Seite“ durchzugehen und erteilt Stadtkämmerer **Trampert** das Wort. Stadtkämmerer **Trampert** ruft anschließend, beginnend mit dem Verwaltungshaushalt auf S. 47, Seite für Seite des Haushaltsplan-Entwurfs auf.

Die einzelnen Haushalts(änderungs)anträge werden im Folgenden sachbezogen (d.h. die jeweiligen Unterabschnitte und Haushaltsstellen betreffend) protokolliert.

## EINZELPLAN 0

### Unterabschnitt 0100 - Rechnungsprüfung -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste von 293.800 Euro auf 301.900 Euro erhöht werden sollen. Alle Personalausgabenänderungen, die im Folgenden aufgerufen würden, resultierten aus den Beratungen zum Stellenplan.

### Unterabschnitt 0220 - Personalverwaltung/Organisation -

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass sich die Personalausgaben laut Änderungsliste um 8.700 Euro auf 621.100 Euro erhöhen würden.

### Unterabschnitt 0230 - Amtsleitung Amt 30 -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist wiederum auf die Änderungsliste. Die Personalausgaben sollen um 3.500 Euro auf 121.000 Euro erhöht werden.

### Unterabschnitt 0253 - Ortsverwaltung Kuhbach -

Stadtrat **Kleinschmidt** meldet sich für die SPD-Fraktion zu Wort. Es werde eine Erhöhung des Ansatzes bei der Finanzposition 1.0253.500000 Gebäudeunterhaltung um 17.200 Euro für die Reparatur der Treppe der Ortsverwaltung Kuhbach und damit verbunden die energetische Verbesserung des Türelements beantragt.

Der **Vorsitzende** lässt über den Antrag von Stadtrat **Kleinschmidt** abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**                    **11 Ja-Stimmen**  
   **6 Nein-Stimmen**  
   **0 Enthaltungen**

### Unterabschnitt 0320 - Einführung NKHR -

Stadtkämmerer **Trampert** informiert, dass im ersten Halbjahr 2014 in den Gremien über den Umstellungszeitpunkt auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht gesprochen werden solle.

### Unterabschnitt 0350 - Liegenschaften und Verwaltungsservice -

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste um 26.900 Euro auf 591.400 Euro erhöht werden sollen.

## EINZELPLAN 1

### Unterabschnitt 1100 - Abt. Öffentliche Sicherheit und Ordnung -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist wiederum auf die Änderungsliste. Die Personalausgaben sollen um 61.900 Euro auf 954.100 Euro erhöht werden. Außerdem solle ein Betrag in Höhe von 1.000 Euro für die Finanzposition 1.1100.718000 zur Unterstützung ordnungsrechtlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit Kontrollen der Straßenmusik durch die Feuerwehr bei der Chrysanthema bereitgestellt werden.

Stadtrat **Dr. Caroli** erläutert, dass sich die SPD-Fraktion mit der Problematik von streunenden Katzen auseinandergesetzt habe und beantragt einen weiteren Zuschuss für den Tierschutzverein in Höhe von 5.000 Euro.

Nach kurzer Aussprache stellt der **Vorsitzende** das Einvernehmen des Gremiums fest, die genannten Haushaltsansätze entsprechend anzupassen.

### Unterabschnitt 1300 - Feuerschutz -

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste um 10.400 Euro auf 471.400 Euro erhöht werden sollen.

## EINZELPLAN 2

### Unterabschnitt 2000 - Allgemeine Schulverwaltung -

Stadtrat **Hirsch** erinnert daran, dass ein ähnliches Konzept wie das Schulsanierungsprogramm auch für weitere städtische Gebäude entwickelt werden solle, was für künftige Haushaltsberatungen hilfreich sein werde.

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste von 210.800 Euro auf 222.100 Euro erhöht werden sollen.

### Unterabschnitt 2131 - Theodor-Heuss-Schule (Werkrealschule) -

Stadtrat **Dörfler** möchte wissen, ob die geplanten Schulsanierungsmaßnahmen in Höhe von 65.000 Euro im Hinblick auf die ungewisse Zukunft der Theodor-Heuss-Schule tatsächlich erforderlich seien.

Herr Erster Bürgermeister **Schöneboom** erläutert, dass die Verwaltung sich intensiv mit dem Sachverhalt beschäftigt habe und die Maßnahmen unabhängig vom Schulstandort notwendig seien. Er sichert zu, dass dem Ausschuss zu gegebener Zeit und nach umfangreicher Überprüfung und ggf. Anpassung des Schulentwicklungsplans Informationen zu einem Nachnutzungskonzept vorgelegt werden. Er bittet um Verständnis, dass, so lange

nicht geklärt sei, wie es mit dem Schulstandort Theodor-Heuss-Schule weiter gehe, keine Informationen offen gelegt werden.

Stadträtin **Bothor** schlägt vor, Überlegungen über die Möglichkeiten der erweiterten Nutzung von Schulgebäuden, gerade im Hinblick auf den hohen Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen, anzustellen.

Herr Erster Bürgermeister **Schöneboom** bemerkt, dass die Möglichkeit eines Kindergartens in den Räumlichkeiten der Schule bereits überprüft worden sei. Aufgrund der sehr hohen Investitionen, die dafür getätigt werden müssten, sei jedoch vom Gebäudemanagement davon abgeraten worden.

Stadtrat **Roth** fügt ergänzend hinzu, dass in Bezug auf den Erlass einer Richtlinie für die Überlassung von städtischen Veranstaltungsräumen und der Neufassung der Allgemeinen und besonderen Miet- und Nutzungsbedingungen bei Vermietung von städtischen Veranstaltungsräumen Überlegungen angestellt werden müssten, wie auch andere städtische Gebäude, zum Beispiel Schulen, besser genutzt werden können.

Der **Vorsitzende** nimmt die Vorschläge an und versichert, dass diese Themen von der Verwaltung konsequent aufbereitet werden.

### EINZELPLAN 3

#### Unterabschnitt 3330 - Städtische Musikschule -

Stadtrat **Dörfler** bemerkt die große Diskrepanz zwischen den Einnahmen und den Personalausgaben und fordert eine Erklärung dafür.

Stadtrat **Uffermann** spricht in diesem Zusammenhang die hohe Steigerung der Personalausgaben im Vergleich zum Vorjahr an.

Herr **Siefert** führt dazu aus, dass die Personalausgaben zum einen durch die Tarifierhöhungen um etwa 30.000 Euro gestiegen seien. Zum anderen seien langjährige Honorarkräfte in ein tarifrechtliches Arbeitsverhältnis übernommen worden, was zu Mehrausgaben geführt habe.

Herr **Meinen** ergänzt, dass nicht mehr Personal eingestellt worden sei. Honorarkräfte würden grundsätzlich aufgrund der flexiblen Beschäftigung benötigt werden. Er weist darauf hin, dass die Ausgaben, die die Musikschule selbst steuern könne, in den letzten 13 Jahren nicht wesentlich gestiegen seien. Zudem sei eine deutlich höhere Schülerzahl zu unterrichten. Derzeit würden etwa 1.300 Schüler die Musikschule besuchen, der Durchschnitt der letzten 15 Jahre betrage 600 Schüler.

Es ergibt sich ein längerer Meinungs austausch. Der **Vorsitzende** folgert daraus, dass demnächst eine grundsätzliche Diskussion über die Musikschule geführt werden solle.

### Unterabschnitt 3660 - Denkmalpflege -

Stadtrat **Dr. Caroli** erkundigt sich, wann mit der Sanierung des Storchenturms begonnen und wie der Platz zwischen Spital und Storchenturm verwendet werden soll.

Frau **Kabisch** erläutert den Sachstand und weist darauf hin, dass die Auftragssumme in 2014 in Anspruch genommen werden müsse, da sie im Verwaltungshaushalt veranschlagt sei.

Stadtkämmerer **Trampert** fügt ergänzend hinzu, dass es vorgesehen sei, den gesamten Auftrag zu erteilen. Eine Verpflichtungsermächtigung sei im Verwaltungshaushalt nicht möglich. Es werde vorgeschlagen durch einen Selbstbindungsbeschluss die Mittel 2015 zur Verfügung zu stellen.

### Unterabschnitt 3661 - Gemeinschaftspflege -

Stadtkämmerer **Trampert** macht darauf aufmerksam, dass der Haushaltsansatz für die Chrysanthema von 416.000 Euro auf 446.000 Euro erhöht werden solle und damit der städtische Anteil von 250.000 Euro auf 280.000 Euro steigen würde. In den letzten Jahren seien Kostensteigerungen in Höhe von 74.000 Euro zu verkräften gewesen, die bisher durch Effizienzsteigerungen aufgefangen worden seien, was nun nicht mehr möglich sei.

Stadtrat **Täubert** ist mit dem Verfahren nicht einverstanden. Er beantragt, die Entscheidung zu vertagen und nachträglich anhand einer Beschlussvorlage zu beschließen.

Nach kurzer Diskussion schlägt der **Vorsitzende** vor, dass nun die Mittel in den Haushaltsplan aufgenommen werden und der Ausschuss zu Beginn des Jahres 2014 einen Bericht über die finanziellen Ergebnisse der Chrysanthema 2012/2013 und die zukünftige Entwicklung erhalten werde. Das Gremium zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Stadtrat **Täubert** merkt an, dass die Einnahmepositionen „Standgebühren Stadtfest“ und „Standgebühren Fest der Kulturen“ gestrichen werden müssten, da die Veranstaltungen im Jahr 2014 nicht stattfinden werden.

Stadtkämmerer **Trampert** bestätigt dies. Es sollen zudem Mittel für die 650-Jahr-Feier Kippenheimweiler in Höhe von 5.000 Euro in 2014 und 6.000 Euro in 2015 bereitgestellt werden. Das Fest werde 2015 stattfinden, jedoch würden 2014 bereits Mittel benötigt werden. Der Gesamtbetrag in Höhe von 11.000 Euro liege im Rahmen dessen was für vergangene Jubiläen im Haushalt veranschlagt worden sei.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, die Mittel für die 650-Jahr-Feier in Kippenheimweiler bereitzustellen und die genannten Einnahmepositionen zu streichen.

## EINZELPLAN 4

### Unterabschnitt 4310 - Treffpunkt Stadtmühle -

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf den Anstieg der Personalausgaben um 6.800 Euro auf 63.100 Euro entsprechend der Änderungsliste hin.

### Unterabschnitt 4390 - Gemeinwesenarbeit im Lahrer Westen -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass der Ansatz für Mieten/Pachten für bewegliche Sachen und Grundstücke 1.4390.530000 um 1.100 Euro auf 16.600 Euro erhöht werden müsse.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, den Haushaltsansatz entsprechend anzupassen.

### Unterabschnitt 4605 - Jugendsozialarbeit an Schulen -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist auf die Änderungsliste und teilt mit, dass die Personalausgaben um 65.000 Euro auf 561.300 Euro ansteigen würden.

### Unterabschnitt 4640 - Kindertagesstätte am Schießrain -

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf den Anstieg der Personalausgaben um 34.800 Euro auf 1.096.100 Euro hin.

### Unterabschnitt 4642 - Kindertagesstätte Bottenbrunnenstraße -

Stadtkämmerer **Trampert** macht darauf aufmerksam, dass die Personalausgaben entsprechend der Änderungsliste um 32.100 Euro auf 826.400 Euro ansteigen würden.

### Unterabschnitt 4650 - Kindertagesstätte Heiligenstraße -

Stadtkämmerer **Trampert** verweist wiederum auf die Änderungsliste und teilt mit, dass die Personalausgaben um 1.700 Euro auf 437.000 Euro ansteigen würden.

### Unterabschnitt 4651 - Kindertagesstätte Alleestraße -

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Herabsetzung der Personalausgaben um 1.700 Euro auf 737.400 Euro hin.

### Unterabschnitt 4700 - Förderung der Wohlfahrtspflege -

Stadträtin **Kaiser-Munz** weist darauf hin, dass sich der Verein Fraueninteressen Ronja e.V. aufgelöst habe. Sie beantragt stattdessen einen Betrag in Höhe von 500 Euro an das Frauenhaus in Offenburg zu spenden.

Herr **Evermann** teilt mit, dass ein Zuschussantrag des Frauenhauses vorliege und demnächst Gespräche geführt würden. Zunächst sei jedoch die grundsätzliche Zuständigkeit zu klären.

Nach kurzer Diskussion zieht Stadträtin **Kaiser-Munz** daraufhin ihren Antrag zurück.

Stadtkämmerer **Trampert** verweist auf die Änderungsliste. Der Zuschuss für die Aktion Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte solle von 5.000 Euro auf 10.000 Euro erhöht werden. Die Zuschüsse für Fraueninteressen Ronja e.V. und den Behindertensportverein Lahr fielen weg. Somit ergebe sich für die Finanzposition 1.4700.700000 eine Summe von 61.850 Euro.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, den Haushaltsansatz entsprechend anzupassen.

## EINZELPLAN 5

### Unterabschnitt 5610 - Rheintal-Sporthalle I -

Stadtrat **Dörfler** lehnt die Sanierung des Sportbodens in der Sporthalle für 134.000 Euro aufgrund des möglichen Abrisses in naher Zukunft ab und beantragt den Mittelansatz zu streichen.

Es erfolgt ein längerer Meinungs austausch und die Stellungnahme der Verwaltung, die die Maßnahme einer intensiven Prüfung unterzogen habe und sie für erforderlich halte.

Stadtrat **Roth** möchte wissen, in wie weit nach den heutigen Erkenntnissen und aufgrund der heutigen Rechts- und Versicherungslage weitere Ausgaben drohten.

Frau **Kabisch** macht deutlich, dass das Gebäude in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand sei und weitere nötige Investitionen derzeit nicht absehbar wären. Die Nutzung des Gebäudes sei bereits nur eingeschränkt möglich.

Der **Vorsitzende** lässt das Gremium über den Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

	<b>4 Ja-Stimmen</b>
	<b>12 Nein-Stimmen</b>
	<b>1 Enthaltung</b>

### **Unterabschnitt 5620 - Sportplätze und -anlagen -**

Ortsvorsteher **Fäßler** beantragt für das Schützenhaus Kippenheimweiler die zusätzliche Bereitstellung von 5.000 Euro für die Anschaffung einer neuen Heizung, da die vorhandene Heizung nach aktueller Mitteilung defekt und eine Reparatur nicht mehr möglich sei.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, den Haushaltsansatz der Finanzposition 1.5620.500300 um 5.000 Euro auf 6.800 Euro zu erhöhen.

### **Unterabschnitt 5803 - Abt. Öff. Grün und Umwelt / Stabstelle Umwelt -**

Stadtkämmerer **Trampert** merkt an, dass unter der Finanzposition 1.5803.170300 ein Betrag in Höhe von 36.000 Euro als Einnahme aus Zuweisungen vom Bund für die Kostenbeteiligung für den Klimaschutzmanager eingestellt werde.

### **Unterabschnitt 5850 - Landesgartenschau 2018 -**

Stadtkämmerer **Trampert** verweist auf die Änderungsliste. Es seien Personalausgaben in Höhe von 121.100 Euro einzustellen (1.5850.400000). Zudem müssten Mittel in Höhe von 300.000 Euro für die Zuführung an die Landesgartenschau Lahr 2018 GmbH bereitgestellt werden (1.5850.700000).

## **EINZELPLAN 6**

### **Unterabschnitt 6030 - Gebäudemanagement -**

Stadtkämmerer **Trampert** macht darauf aufmerksam, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste um 59.700 Euro auf 1.048.400 Euro ansteigen würden.

### **Unterabschnitt 6100 - Stadtplanung -**

Stadtkämmerer **Trampert** verweist wiederum auf die Änderungsliste. Die Personalausgaben würden sich um 52.000 Euro auf 801.300 Euro erhöhen.

### **Unterabschnitt 6130 - Bauordnung -**

Stadtkämmerer **Trampert** macht darauf aufmerksam, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste um 20.500 Euro auf 406.100 Euro ansteigen würden.

## EINZELPLAN 7

### Unterabschnitt 7500 - Bestattungswesen -

Stadtrat **Hirsch** beantragt 5.000 Euro für die weitere Sanierung von Toiletten auf dem Bergfriedhof einzustellen. Er erklärt sich auf Vorschlag des **Vorsitzenden** damit einverstanden, die Sanierung 2015 durchzuführen.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass für die von vielen Seiten angeregte Aufarbeitung von Namen auf den Gräberdenkmälern eine Kalkulation erarbeitet werde, über die der Ausschuss dann informiert werde und abstimmen könne.

### Unterabschnitt 7670 - Stadthalle -

Stadtkämmerer **Trampert** macht darauf aufmerksam, dass die Personalausgaben laut Änderungsliste um 2.600 Euro auf 94.300 Euro ansteigen würden.

### Unterabschnitt 7671 - Schutterlindenberghalle im Stadtteil Hugsweier -

Stadtrat **Schweickhardt** beantragt ein neues Namensschild für die Schutterlindenberghalle.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, den Haushaltsansatz der Finanzposition 1.7671.500000 um 1.500 Euro auf 11.100 Euro zu erhöhen.

### Unterabschnitt 7672 - Kaiserwaldhalle im Stadtteil Kippenheimweiler -

Ortsvorsteher **Fäßler** teilt mit, dass der Bühnenvorhang aufgrund der Brandschutzuntersuchung sofort demontiert werden müsse und beantragt, die Einstellung von 11.000 Euro für einen neuen Bühnenvorhang. Weiterhin stelle er den Antrag 6.000 Euro für die Erneuerung der Fliesen in der Herrentoilette bereitzustellen. Eine Reparatur sei nicht mehr möglich.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, den Haushaltsansatz der Finanzposition 1.7672.500000 entsprechend anzupassen.

***Mittagspause von 13:00 Uhr bis 13:50 Uhr***

## EINZELPLAN 8

### Unterabschnitt 8800 - Allgemeines Grundvermögen -

Stadtrat **Dörfler** beantragt, für das Streichen der Fenster des Kindergartens „Kleinfeldeweg 10“ den Betrag von 1.800 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.

Der **Vorsitzende** lässt über den Antrag von Stadtrat **Dörfler** abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

## EINZELPLAN 9

### Unterabschnitt 9000 - Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen -

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Nach der Novembersteuerschätzung erwarte man beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ein Plus von 590.000 Euro, sodass der Ansatz nunmehr auf 15,4 Mio. Euro erhöht werden könne.

Zum Ansatz der Gewerbesteuer ergibt sich eine kurze Diskussion.

### Unterabschnitt 9100 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft -

Stadtrat **Kleinschmidt** beantragt, die Globale Minderausgabe i.H.v. 500.000 Euro zu streichen.

Es ergibt sich eine kurze Diskussion.

Stadtrat **Uffermann** beantragt danach, die Globale Minderausgabe i.H.v. 500.000 Euro auf 300.000 Euro zu reduzieren.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion kommt aus der Mitte des Gremiums der Antrag, die Globale Minderausgabe i.H.v. 500.000 Euro auf 250.000 Euro zu reduzieren.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, die Globale Minderausgabe i.H.v. 500.000 Euro auf 250.000 Euro zu reduzieren, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen**  
**3 Nein-Stimmen**  
**0 Enthaltung**

Stadtkämmerer **Trampert** merkt an, dass die Zuführungsrate des Verwal-

tungshaushaltes an den Vermögenshaushalt, u.a. aufgrund der Reduktion der Globale Minderausgabe um 250.000 Euro, deutlich abnehmen werde. Die Rücklagenentnahme werde sich im Endergebnis entsprechend erhöhen.

Herr **Wurth** berichtet, dass sich die Zuführungsrate des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt aktuell auf 8.140.470 Euro belaufe. Zu Beginn der Haushaltsberatungen habe sich die Zuführungsrate des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt auf 8.464.470 Euro, Stand der Änderungsliste, belaufen. Man habe nunmehr eine Verschlechterung bei der Zuführungsrate des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt i.H.v. 324.000 Euro. Hiervon entfielen 250.000 Euro auf die Reduktion der Globalen Minderausgabe, da diese ein „Minusansatz“ sei.

## **1. b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2014 (Vorberatung)**

---

### **EINZELPLAN 0**

#### **Unterabschnitt 0630 - Stadtarchiv - ( neuer UA)**

Stadtrat **Dr. Caroli** beantragt, 9.000 Euro für die Anschaffung eines Mikrofilmlesegerätes für das Stadtarchiv im Haushaltsplan 2014 zu veranschlagen.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, 9.000 Euro für die Anschaffung eines Mikrofilmlesegerätes für das Stadtarchiv im Haushaltsplan 2014 zu veranschlagen.

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass die Veranschlagung im neuen Unterabschnitt 0630 mit der Bezeichnung Stadtarchiv erfolgen werde.

### **EINZELPLAN 1**

#### **Unterabschnitt 1100 - Abt. Öffentliche Sicherheit und Ordnung -**

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass die heute bereits angesprochene Maßnahme „freiwillige Geschwindigkeitsbeschränkung“ in diesem Unterabschnitt veranschlagt werde, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und diesem zugestimmt werde.

Stadtrat **Mauch** erläutert die Maßnahme „freiwillige Geschwindigkeitsbeschränkung“ im Stadtteil Sulz im Umfang von 8.000 Euro, welche als Pilotprojekt der Stadt angesehen werden solle.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, 8.000 Euro für die Maßnahme „freiwillige Geschwindigkeitsbeschränkung“ im Stadtteil Sulz im Haushaltsplan 2014 zu veranschlagen.

## EINZELPLAN 2

### Unterabschnitt 2112 - Johann-Peter-Hebel-Schule (Grundschule) -

Stadtkämmerer **Trampert** berichtet, dass es eine Mittelanforderung bei der Johann-Peter-Hebel-Schule gebe. Der Förderverein der Schule habe 18.000 Euro an Mittel für ein Klettergerät beschafft. Das Klettergerät, sowie die notwendigen Maßnahmen für die Sicherheit der Kinder, würden 30.000 Euro kosten. Die Stadt müsste demnach 12.000 Euro aus dem Haushalt für die Maßnahme aufbringen.

Herr **Ott** berichtet über die Maßnahme.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, 12.000 Euro an Eigenmittel der Stadt für die Maßnahme „Klettergerät“ im Haushaltsplan 2014 zu veranschlagen.

## EINZELPLAN 4

### Unterabschnitt 4649 - Kindertagesstätten/Kindergärten/Kinderhorte -

Stadtrat **Dörfler** fragt bezüglich einer Planungsrate für den angedachten Kindergartenneubau nach.

Der **Vorsitzende** berichtet, dass man für den angedachten Kindergartenneubau eine Planungsrate i.H.v. 40.000 Euro benötigen würde.

Stadtrat **Dörfler** fragt bezüglich einer Verpflichtungsermächtigung für den angedachten Kindergartenneubau nach.

Es ergibt sich ein etwas längerer Meinungsaustausch innerhalb des Gremiums.

Der **Vorsitzende** stellt sodann das Einvernehmen des Gremiums fest, lediglich eine Planungsrate i.H.v. 40.000 Euro im Haushaltsplan 2014 zu veranschlagen.

**Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen**  
**1 Nein-Stimmen**  
**1 Enthaltung**

Stadtrat **Dörfler** spricht die veranschlagten Mittel für einen Kinderwagenabstellplatz in der Kindertagesstätte Sulz i.H.v. 23.000 Euro an und moniert den Haushaltsansatz.

Nach erfolgter Erläuterung durch Frau **Kabisch** schlägt der **Vorsitzende** vor, den Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen und stellt das Einvernehmen des Gremiums hierüber fest.

## EINZELPLAN 5

### Unterabschnitt 5500 - Förderung des Sports -

Stadtkämmerer **Trampert** berichtet, dass der Alpenverein in seiner kürzlich stattgefundenen Mitgliederversammlung mehrheitlich beschlossen habe, dass das Projekt „Kletterturm“ im Mauerfeldpark/Bürgerpark durchgeführt werde. Der Verwaltung liege ein aktualisierter Zuschussantrag vor, der einen Zuschuss der Stadt von 10.000 Euro ausweise. Entsprechend müsste der Haushaltsansatz „Investitionszuschüsse an Vereine“ erhöht werden. Hierzu, so Stadtkämmerer **Trampert**, der Hinweis, dass zur Schaffung der Infrastruktur im Unterabschnitt „Landesgartenschau 2018“ für diesen Zweck bereits 30.000 Euro zur Verfügung stünden, der Mitteleinsatz der Stadt sich damit in der Summe auf 40.000 Euro belaufen würde.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, die Investitionszuschüsse an Vereine im Haushaltsplan 2014 um 10.000 Euro auf 50.000 Euro zu erhöhen.

Ortsvorsteherin **Frei** stellt den Antrag, 10.000 Euro für den Wiederaufbau der Tribüne des FC Mietersheim in den Haushaltsplan 2014 einzustellen.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, weitere 10.000 Euro für den Wiederaufbau der Tribüne des FC Mietersheim in den Haushaltsplan 2014 einzustellen.

Stadtkämmerer **Trampert** merkt an, dass man noch überprüfen müsse, ob die Tribüne sich im städtischen Eigentum befinde und ob man dann den Sachverhalt als Fördermaßnahme oder anderweitig einordne.

### Unterabschnitt 5800 - Öffentliche Grünanlagen -

Stadtrat **Uffelmann** beantragt, für Abfallbehälter und Sitzgelegenheiten auf dem Urteilsplatz und in der Kaiserstraße, 10.000 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, für Abfallbehälter und Sitzgelegenheiten auf dem Urteilsplatz und in der Kaiserstraße, 10.000 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.

Stadtrat **Täubert** beantragt, für den Ersatz der Pappelallee entlang der B415 (Fachmarktzentrum), 40.000 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.

Herr **Sottru** bezweifelt, u.a. wegen des derzeitigen Planungsstandes, dass die Wiederbepflanzung mit Pappeln schon im Jahr 2014 erfolgen könne.

Daraufhin zieht Stadtrat **Täubert** seinen Antrag zurück.

Stadtrat **Dörfler** ist der Ansicht, dass die Wiederbepflanzung mit Pappeln zur Straßenbaumaßnahme gehöre und dann keiner separaten Beantragung bedürfe.

### **Unterabschnitt 5850 - Landesgartenschau 2018 -**

Stadtrat **Girstl** beantragt, die im Haushaltsplan 2014 aufgenommene Maßnahme „Kleingartenpark-Planungsleistungen Lauben“ i.H.v. 30.000 Euro zu schieben, bis man wisse, wie sich die Thematik Stegmattensee weiter entwickle.

Stadtrat **Dörfler** schlägt vor, die Behandlung des Unterabschnittes 5850 in die sich den Haushaltsberatungen anschließende Sitzung zu verschieben.

Der **Vorsitzende** weist auf die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 09.12.2013 hin, in der man diesen Haushaltspunkt noch aufnehmen könne.

Das Gremium zeigt sich einverstanden mit dem Vorschlag des **Vorsitzenden**. Über den Antrag von Stadtrat **Girstl** sei daher nicht abgestimmt worden.

## **EINZELPLAN 6**

### **Unterabschnitt 6150 - Stadtsanierung -**

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Aus der Veräußerung eines Grundstückes erwarte man einen Erlös i.H.v. 64.000 Euro. Dieser Erlös würde die Finanzposition 2.6150.340000-005 betreffen, die im vorliegenden Entwurf noch nicht dargestellt sei.

### **Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen -**

Stadtrat **Hirsch** spricht die Planungsrate für den Bahnhofsvorplatz an. Die SPD-Fraktion halte den Bahnhofsvorplatz nicht für so änderungswürdig, wie er mit 2,2 Mio. € angesetzt worden sei. Aus diesem Grunde ergebe sich die Frage, ob eine Planungsrate i.H.v. 100.000 Euro notwendig wäre oder ob diese deutlich zurückgeführt oder gar gestrichen werden könne.

Herr **Kleinthomä** erläutert die derzeit beabsichtigte Maßnahme. Auf Bitte von

Stadtrat **Dörfler** hin äußert Herr **Kleinthomä**, dass man für die derzeit ange-dachte Maßnahme eine Planungsrate i.H.v. 60.000 Euro benötigen würde.

Nach kurzer Aussprache beantragt Stadtrat **Hirsch**, als Planungsrate den Betrag von 35.000 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.

Nach weiterer kurzer Diskussion stellt Stadträtin **Rompel** den Antrag, als Planungsrate den Betrag von 50.000 Euro in den Haushalt 2014 einzustellen.

Herr **Kleinthomä** merkt an, dass, wenn man als Zielvariante einen Kreisver-kehr sehe, eine Planungsrate i.H.v. 50.000 Euro benötigt würde.

Sodann lässt der **Vorsitzende** über den weitergehenden und als Antrag der SPD-Fraktion verstandenen Antrag von Stadtrat **Hirsch** abstimmen, 35.000 Euro als Planungsrate in den Haushaltsplan 2014 einzustellen.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
0 Enthaltung**

#### **Unterabschnitt 6700 - Straßenbeleuchtung -**

Stadtrat **Schweickhardt** stellt den Antrag, 45.000 Euro für die Radwegbe-leuchtung in der Flugplatzstraße in den Haushalt 2014 einzustellen.

Der Vorsitzende lässt nach kurzer Diskussion über den Antrag von Stadtrat Schweickhardt, 45.000 Euro für die Radwegbeleuchtung in der Flugplatzstra-ße in den Haushalt 2014 einzustellen, abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

### **EINZELPLAN 7**

#### **Unterabschnitt 7500 - Bestattungswesen -**

Ortsvorsteherin **Deusch** berichtet, dass man den Haushaltsansatz für die Fortführung der Urnenmauer i.H.v. 25.000 Euro nicht mehr benötige, da die vorhandenen Urnenwände wenig genutzt würden. Man habe jedoch einen Platz für Baumbestattungen eingerichtet, für den noch eine Namensstele be-nötigt werde. Hierfür wäre der Betrag von 10.000 Euro jedoch ausreichend. Der Haushaltsansatz könne daher um 15.000 Euro reduziert werden.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest, die Haus-haltsmittel, nunmehr in reduzierter Höhe von 10.000 Euro, für eine Namens-stele umzuwidmen.

## EINZELPLAN 8

### Unterabschnitt 8300 - Versorgung und Verkehr -

Stadtkämmerer **Trampert** berichtet, dass in diesem Unterabschnitt, für den möglichen Erwerb von Anteilen bzw. für den Beitritt der Stadt zur Bürger-Energiegenossenschaft E-Werk Mittelbaden eG, Haushaltsmittel einzustellen wären. Eine Beteiligung wäre im Umfang von 500 Euro bis maximal 10.000 Euro möglich.

Nach kurzer Diskussion schlägt der **Vorsitzende** vor, dass sich die Stadt mit einem Betrag i.H.v. 5.000 Euro an der BürgerEnergiegenossenschaft E-Werk Mittelbaden eG beteiligen solle.

Der Vorsitzende stellt sodann das Einvernehmen des Gremiums fest, dass sich die Stadt mit einem Betrag i.H.v. 5.000 Euro an der BürgerEnergiegenossenschaft E-Werk Mittelbaden eG beteilige und entsprechende Haushaltsmittel im Haushalt 2014 veranschlage.

Stadtkämmerer **Trampert** bittet Herrn **Wurth** zu berichten, auf welche Beträge sich der aktuelle Stand, ohne den Unterabschnitt „Landesgartenschau 2018“ im Vermögenshaushalt, belaufe. Der Unterabschnitt „Landesgartenschau 2018“ sei dabei derzeit wie im gedruckten Entwurf enthalten berücksichtigt.

Herr **Wurth** berichtet, dass sich die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage auf 1.522.730 Euro belaufe. Zu Beginn der Sitzung habe sich die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, mit Stand der Änderungsliste, auf 1.129.730 Euro belaufen. Dies bedeute, dass, nach derzeitigem Stand, eine erhöhte Rücklagenentnahme i.H.v. 393.000 Euro notwendig werde. Diese 393.000 Euro splitten sich in eine verminderte Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt i.H.v. 324.000 Euro, und in Veränderungen im Vermögenshaushalt im Saldo von 69.000 Euro auf.

Der **Vorsitzende** fragt nach, wie man mit dem Unterabschnitt „Landesgartenschau 2018“ gedenke umzugehen. Sein Vorschlag sei gewesen, so der **Vorsitzende**, dass man am 09.12.2013 über diesen Unterabschnitt beraten und beschließen solle. Herr Stadtkämmerer **Trampert** habe jedoch zu Recht darauf hingewiesen, dass man eine Vorberatung bräuchte.

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass der Gemeinderat durchaus auch ohne Vorberatung in öffentlicher Sitzung beschließen könne. Für diesen Fall bräuchte man jedoch eine Beschlussempfehlung des Haupt- und Personalausschusses, für das was in dieser Sitzung beraten und festgelegt worden sei. Dies umfasse den Haushaltsentwurf mit den eingebrachten Änderungen, ausgenommen jedoch den Unterabschnitt „Landesgartenschau 2018“ im Vermögenshaushalt.

Der **Vorsitzende** ruft die Tagesordnungspunkte 2 „Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2013 bis 2017“ und 3 „Vorbera-

tung der Wirtschaftspläne 2014 a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr“ auf und stellt jeweils fest, dass keine Wortmeldungen erfolgen.

Der **Vorsitzende** lässt daraufhin über die „Vorberatung des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes 2014“ abstimmen:

Beschluss

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Gleichzeitig wird an den Gemeinderat die Empfehlung ausgesprochen, folgenden Sperrvermerk zu beschließen:

Haushaltsstelle 2.4649.940000-701 (Kindertagesstätte Sulz - bauliche Verbesserungen - Errichtung Kinderwagenabstellplatz) 23.000,00 €.

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Ermittlung des Haushaltsvolumens entsprechende geringfügige Korrekturen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

## 2. Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2013 bis 2017

Beschluss

Der vorgelegte Investitions- und Finanzierungsplan für die Jahre 2013 bis 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2014

- a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr
- b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
- c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr

Der **Vorsitzende** lässt über alle Wirtschaftspläne zusammen abstimmen:

Beschluss

Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den Entwürfen der vorgelegten Wirtschaftspläne 2014 für die Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung Lahr, Bau- und Gartenbetrieb Lahr sowie Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

236/2013  
302

4. Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Bereich der Geschwindigkeitsmessungen

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt:

Der Haupt- und Personalausschuss bewilligt für das Haushaltsjahr 2013 gemäß § 84 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg bei der Finanzposition 1.1100.520100 (Geschwindigkeitsmessungen) überplanmäßige Ausgaben i. H. v. 70.000,- Euro.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt in voller Höhe durch Mehreinnahmen bei der Finanzposition 1.1100.260100 (Bußgelder).

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

235/2013 5. Zuschuss an die DRK-Ortsvereine Sulz und Reichenbach-Kuhbach für  
201 das Jahr 2013 in Höhe von insgesamt 6.160,00 €

Der Haupt- und Personalausschuss beschließt:

Die Stadt Lahr bewilligt den DRK-Ortsvereinen Sulz und Reichenbach-Kuhbach für das Jahr 2013 einen pauschalen Zuschuss in Höhe von jeweils 3.080,00 €, insgesamt damit in Höhe von 6.160,00 €.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig

## II. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Haupt- und Personalausschusses am 23.09. und 21.10.2013.

Der **Vorsitzende** verweist auf das Offenlegungsverfahren.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 02.12.2013

---

Vorsitzender

---

Protokollführung Teil 1

---

Protokollführung Teil 2

---

Stadtrat/-rätin

---

Stadtrat/-rätin